Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 6

Artikel: Ähnliche Sorgen um die Innere Sicherheit rund um den Bodensee

Autor: Thomann-Baur, Irène

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-587078

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ähnliche Sorgen um die Innere Sicherheit rund um den Bodensee

Die Auswirkungen von Migration und Terrorismus auf die Innere Sicherheit, sie standen im Zentrum der diesjährigen Bodenseekonferenz. Das hochaktuelle Thema war schon vor einem Jahr erste Wahl. Einen optimistischen Ausblick wagte keiner der drei Hauptreferenten.

Irène Thomann-Baur*

Der Einladung der deutschen Milizorganisationen ins Landratsamt Konstanz folgten rund 150 Zuhörer, viele aus Österreich und der Schweiz.

Instabiler Vorhof

Zahlreiche Krisen schütteln Europa. Magister Peter Gridling, Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung und damit Leiter der obersten Staatsschutzbehörde im österreichischen Innenministerium, lenkte die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf den Unruheherd Westbalkan; er spielt eine existentielle Rolle für Europa und ist weit von Stabilität entfernt. Seine Wirtschaft entwickelt sich zögerlich, die Politiker lassen den gewünschten ethischen Standard vermissen, ethnische Spannungen belasten das Zusammenleben, es herrscht ein hohes Mass an Korruption und Kriminalität. Waffen und Sprengstoff sind im Westbalkan ebenso reichlich vorhanden wie kriminelle Netzwerke, die liefern wollen.

Peter Gridling, Wien
Fotos: Johann M. Bruhn

Integration zur Prävention

Migration bedeutet eine sicherheitspolitische Herausforderung. Über 800 000 Menschen strömten nach Österreich, die Registrierung versagte. 90 000 beantragten Asyl. Eine Änderung der Asylgesetzgebung drängt sich auf, «Dublin» existiert nicht mehr. Der Schengenkodex ist zur Sicherheit aller zu nutzen. Ein Grenzmanagement war unausweichlich; Österreich verstärkte den Grenzschutz zu Serbien und Kroatien. Heute sind im Schnitt monatlich 5000 Neuankünfte zu verzeichnen, der Deal mit der Türkei beginnt zu greifen.

Das Integrationsbudget des Aussenministeriums wurde verdoppelt, im Jahr 2017 wird es 98 Mio. Euro betragen. Sprachunterricht und Wertevermittlung sollen dem Entstehen von Parallelgesellschaften vorbeugen.

Der Staatsschutz verfolgt vor allem die Radikalisierung und Polarisierung, sie belasten das gesellschaftliche Zusammenleben. Gestiegen sind Fremdenfeindlichkeit und rassistische Handlungen, Anschläge gegen Asyl-Infrastrukturen. Die Lagerbildung in der Bevölkerung wächst, Demonstrationen zwischen links und rechts eskalieren. Antisemitische Züge zeigen auch Muslime.

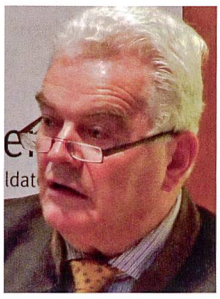
Erhalt des Sicherheitsgefühls

Nichts mit der Flüchtlingsbewegung hat der Terrorismus zu tun. Er steckt in unsern Gesellschaften. 267 Personen haben aus Österreich den Weg in den Dschihad angetreten. Das ist eine hohe Zahl für ein kleines Land, ein nicht zu unterschätzendes Gefährdungspotential. 79 sind zurückgekehrt, 43 wurden aktiv von der Ausreise abgehalten. Wer sich freiwillig in Bürgerkriegssituationen einmischt, muss in Österreich mit Behinderung rechnen. Für die Justiz ist es schwierig, dafür Beweise zu erbringen, die Ermittlung vor Ort fällt weg. Die Netzwerke zwischen dem IS und europäischen Gruppen sind nicht fassbar, erfolgreich schlugen sie in Paris und Brüssel zu. Die Abstände zwischen den Terrorakten werden immer kürzer, die Straftaten immer schwerer. Sie können jedes europäische Land jederzeit treffen.

Die Polizei unternimmt grosse Anstrengungen, zeigt Präsenz, um der Bevölkerung das Sicherheitsgefühl zu bewahren. Die Ressourcen des Bundesheeres sollen gestärkt werden, es leistet im Rahmen des Assistenzdienstes einen wichtigen Beitrag an die Innere Sicherheit. Die Politik reagiert mit Gesetzesänderungen und schafft die budgetären Voraussetzungen. Das europäische Parlament fällt zwar einstimmige Entscheide, zuhause werden sie teilweise boykottiert. Fehlt eine gesamteuropäische Lösung, bleibt nationaler Egoismus.

Mehr Einigkeit in Europa

Die globalisierte Welt kennt keine Stabilitätsoasen mehr, stellte Johann Berger, deutscher Brigadegeneral a D und stellvertretender Direktor am George C. Marshall European Center in Garmisch Partenkirchen, illusionslos fest. Migration, Terrorismus, Nahost, Russland, Afrika, europäischer Osten, das sind Komponenten eines unheimlich komplexen Gebildes. Eine Weltordnung verschwindet. Die Ursachen sind an den Wurzeln zu packen. Das Fazit: Wir brauchen mehr EU! National erreicht auf dieser Welt keiner mehr etwas. Nur ein geeintes Europa garantiert ein friedenperspektivisch und ökonomisch lebenswertes Dasein.



Johann Berger, Garmisch-Partenkirchen

Eine funktionsfähige Ordnung baut auf Rechtsstaatlichkeit, Bildung, gemeinsame Werte, Staatskooperation. Die Friedensdividende mit ihren Segnungen ist aufgebraucht. Die Politik ist kaum mehr in der Lage, bei dem raschen Grad der Veränderung objektiv untersuchbare Lösungsansätze zu präsentieren.

Das Vertrauen der Bürger in die Bundespolitik und deren Fähigkeit, eine Krise zu bewältigen, schwindet. Eine Tendenz zur Bewaffnung zum Selbstschutz ist erkennbar. Im Asylwesen halten Ablehnung und Willkommenskultur einander die Waage. Verbalinjurien gegen Flüchtlin-

ge hier, – die Aufforderung, allfälliges Fehlverhalten zu ignorieren, da. Zu kurz kommt die Analyse der Beweggründe.

Flüchtlinge, Terrorismus, Kriminalität

Entwicklung der Migrantenproblematik und Anzahl der Asylanträge in Deutschland sind bekannt. Hier dürften sich 500 000 nicht registrierte Migranten und Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Serbien und dem Kosovo aufhalten. Dass die Masse nach Deutschland strebt, überrascht nicht angesichts des gebotenen Standards. Ihr Bildungsstand ist niedrig. 30–50 Milliarden müssen in den kommenden 5–6 Jahren in Schulung fliessen. 40 % werden es schaffen, einem Erwerb nachzugehen, der Rest dürfte «Harz IV» beanspruchen. Das soll nicht verschwiegen werden, aus political correctness. Lehnt ein Asylbewerber die Integrationsmassnahmen ab, drohen Leistungskürzungen. Andererseits verschiebt sich die Altersstruktur, die Bevölkerungszahl schrumpft in den nächsten Jahren um 8–10 Millionen. Junge Arbeitskräfte fehlen für den Erhalt des Wohlstandes. Es braucht Fremde.

Amerikanische Nachrichtendienste warnen vor Einschleusung des Terrorismus durch Flüchtlinge. Eine nicht unerhebliche Zahl ist dem IS zuzuordnen. Salafisten locken unbegleitete Jugendliche über Facebook und Twitter an. Viele verschwinden. Die Beteiligung von Migranten an Straftaten nimmt zu, mehrheitlich sind es Eriträer, Nordafrikaner und Leute aus den Balkanländern. Man muss diese Fakten, sie stammen aus dem Bundeskriminalamt, nennen dürfen, ohne gleich als rechtsradikal oder sonst was disqualifiziert zu werden. Asylsuchende selbst sind zunehmend Opfer von Straftaten. Es kommt zu Massenkonflikten zwischen Flüchtlingsgruppen, Anschläge auf Asylunterkünfte häufen sich.

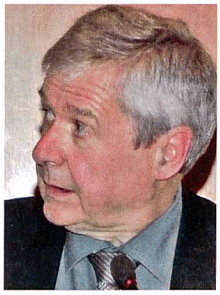
Lösungsansätze zur Inneren Sicherheit

Seit 2004 führen der Bund und die Länder ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum, mehr als 40 Sicherheitsbehörden wirken und sollen um mehr als 8000 Beamte aufgestockt werden, u.a. mit Spezialisten für Cyber-Business. Der Aufwand ist riesig. Verbindungen zwischen dem Terrorismus, der Organisierten Kriminalität und dem Schleppertum sind erwiesen.

Den Einsatz der Streitkräfte im Innern meistern andere Staaten besser, gesteht der deutsche Brigadegeneral. Das neue Weissbuch wagt sich an die Thematik. Positiv ist die Absicht, das Bundesheer um 20 000 zusätzliche Angehörige aufzustocken.

Ruhe vor dem Sturm?

Etwas weniger dramatisch tönte es aus der Schweiz. Natürlich hält die Fluchtwelle alle Instanzen auf Trab, wie Eugen Thomann, Sicherheitsexperte mit Erfahrungen als ehemaliger Polizeikommandant und Milizoffizier des Nachrichtendienstes, bemerkte. Zurzeit ist die Schweiz so unattraktiv wie noch nie (das Zitat stammt von Staatssekretär Mario Gattiker). Die neue deutsche Flüchtlingspolitik hat den Druck aus dem Norden erhöht und den Süden entlastet, was die Verlagerung von Kräften des Grenzwachtkorps (GWK) nach Norden erlaubte. Die Attraktivität der Italienroute und die Vorgänge am Brennerpass könnten das bald ändern.



Eugen Thomann, Winterthur

Sorgen bereitet die Vollzugskrise im Asylwesen. Auszuschaffende tauchen unter, in den Haftanstalten drohen sich Parallelgesellschaften zu entwickeln. Das Entstehen rechtsfreier Räume erschweren die kleinräumigen Verhältnisse.

Sicherheitslage

Das Terrorrisiko ist latent vorhanden, die Schweiz blieb bisher von Anschlägen verschont. Es gibt etwa zwei Dutzend Internet-Aktivisten. 33 Strafverfahren eröffnete die Bundesanwaltschaft gegen 70 Unterstützer. Beim Ranking der Bedrohungen sah man bisher einzelne radikalisierte Rückkehrer im Vordergrund. Brüssel zeigte, dass von kleineren Gruppen die grösste Bedrohung ausgeht. Die Terrorgefahr veranlasste die Polizei, ihre Taktik zu verändern: Die ersten Einsatzkräfte müssen die Lage sofort bereinigen, ohne Rücksicht auf Verluste der Gegenseite.

Rückläufig ist seit Jahren die Kriminalität. 2015 hat das Grenzwachtkorps 900 Einbrecherbanden angehalten. Ist die Schweiz ein Eldorado für Verbrecher? Mit Aufklärungsquoten von 32 % hinkt sie hinter Österreich mit 44 % und Deutschland mit 54 % her, und dies bei einer höheren Anzahl Anzeigen.

Die Bevölkerung fühlt sich gemäss Umfragen unvermindert sicher. Im Widerspruch dazu steht die Zunahme von Waffenkäufen und Selbstverteidigungsinstrumenten, Ähnliches erleben Deutschland und Österreich.

Konstant hoch ist das Vertrauen in die Behörden. Polizei und Armee nehmen Spitzenpositionen ein, das Schlusslicht tragen seit Jahren die Medien. Dieses positive Bild wird getrübt durch den Respektschwund vor der Polizei, die sich immer wieder brutalen Angriffen ausgesetzt sieht, eine Erscheinung, die auch in den Nachbarländern zu beobachten ist.

Sicherheitsstruktur der Schweiz entwickelt sich

Hauptträger der Inneren Sicherheit sind die Kantone, mangels umfassender Bundeskompetenz. Obschon die Polizeikorps seit 2012 um 6,6% aufgestockt wurden, herrscht weiterhin eine Mangelwirtschaft. 17 000 Vollzeitpolizisten sind im Einsatz, das trifft einen Polizisten auf 464 Einwohner, eine im europäischen Vergleich geringe Polizeidichte. Reserven fehlen gänzlich.

Diese knappen Strukturen arbeiten vor allem in unterschiedlich ausgestalteten Polizeikonkordaten zusammen. Reicht die Interkantonale Polizeizusammenarbeit (IKAPOL) nicht, können die Kantone beim Bund um subsidiäre Unterstützung der Armee nachsuchen. Sie ist die strategische Reserve des Bundes, der mit seinem Nachrichtendienst, der Bundesstrafgerichtsbarkeit und internationaler Koordination zur Inneren Sicherheit beiträgt.

Soll der Polizeiföderalismus überleben, muss er sich weiterentwickeln. Seit 2000 ist die Struktur der Inneren Sicherheit in Bewegung geraten. 2006 schlossen sich alle Kantone der Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze an, die Kantone haben für Grossereignisse einen nationalen Polizei-Führungsstab geschaffen. Der Sicherheitsverbund Schweiz mit einer paritätischen Vertretung von Bund und Kantonen wurde 2015 mit einer Verwaltungsvereinbarung zementiert. Die Kantone suchen nach Wegen, ihre Zusammenarbeit über die Konkordate hinaus zu vertiefen, noch mehr Ressourcen gemeinsam zu nutzen. Dabei könnte ihnen der Bund mit einem Rahmenerlass helfen. ■

* Journalistin, Hptm, zuletzt im Info Rgt 1, ehemals Generalsekretärin der SOG, Winterthur.